SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/2811**
20. Wahlperiode 20. Januar 2025

Kleine Anfrage
des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)
und Antwort
der Landesregierung – Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Umsetzung des „Net Zero Industry Act“ (NZIA) in Schleswig-Holstein

1. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeiten, die durch den NZIA entstehen, für das Land Schleswig-Holstein? Bitte erläutern.

   Der NZIA ist eine EU-Verordnung, die zum Ziel hat, die Versorgung innerhalb der Union mit Netto-Null-Technologien (siehe Art. 3 f.) sicherzustellen, vor allem durch den Ausbau der Fertigungskapazitäten für Netto-Null-Technologien und ihrer Lieferketten. Vornehmlich soll dieses Ziel durch die Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle nach Art. 6 NZIA, der Ausweisung von Beschleunigungstälern nach Art. 17 NZIA und der Anerkennung von strategischen Projekten nach Art. 16 NZIA erfolgen. Die ehrgeizigen Ziele des Aktes zur Förderung von Wasserstoff, Dekarbonisierung der energieintensiven Industrien und Stärkung nachhaltiger Vergabe begrüßt die Landesregierung. Sie stehen im Einklang mit den Anstrengungen der Landesregierung zur Beschleunigung von Vorhaben zur Erreichung der Klimaneutralität.

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um den NZIA umzusetzen bzw. mit dem NZIA geschaffene Instrumente in Schleswig-Holstein zu etablieren? Bitte erläutern.

Die Landesregierung hat in Umsetzung des NZIA gegenüber dem BMWK das Landesamt für Umwelt als zentrale Kontaktstelle benannt und arbeitet aktuell im Rahmen des Bund-Länder Austausch zur nationalen Ausgestaltung des Net Zero Industry Act (NZIA) an der Leitlinie zur Umsetzung mit.

3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unabhängig vom NZIA ergriffen, um die Ansiedlung von Net-Zero-Unternehmen, insbesondere im Bereich der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, zu erreichen? Bitte erläutern.

   Die Landesregierung hat ressort- und ebenenübergreifend ein Normenscreening durchgeführt, dessen Ziel es war, Regelungen zu identifizieren, die der Planungs- und Verfahrensbeschleunigung im Wege stehen. Der Bericht zum Normenscreening wurde im November 2023 als Landtags-Drucksache 20/1534 veröffentlicht.
   Bisher wurden folgende identifizierte Beschleunigungspotentiale umgesetzt, die der Ansiedlung von Unternehmen, auch denen der „Netto-Null-Technologien“, dienen:

   - Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Infrastrukturbereich (Drucksache 20/2195; (GVOBl. Schl.-H. Nr. 12 vom 10.10.2024 S. 734)
   - Übernahme von Regelungen aus dem Landesplanungssicherstellungsgesetz in das Landesverwaltungsgesetz (Drucksache 20/1373; GVOBl. Schl.-H. Nr. 17 vom 28.12.2023 S. 638, Ber. S. 79, Ber. S. 454)
   - Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes (Drucksache 20/1902; GVOBl. Schl.-H. Nr. 6 vom 06.06.2024 S. 405)

   Mit der jüngsten Änderung der Landesbauordnung (LBO) vom 20. März 2024 wurden unter anderem die Anforderungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen umgesetzt. Bei Anlagen, die dieser Richtlinie unterfallen, werden das bauaufsichtliche Verfahren sowie alle sonstigen Zulassungsverfahren, die für die Durchführung des Vorhabens nach Bundes- oder Landesrecht erforderlich sind, auf Antrag der Bauherrin oder des Bauherrn bereits jetzt über eine einheitliche Stelle abgewickelt (§ 69 Absatz 2a LBO). Soweit kleinere Projekte dem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren unterfallen sollten, findet die Fiktionsregelung des § 72 Absatz 1a LBO Anwendung. Diese Regelung wurde im Rahmen der jüngsten LBO-Novelle ebenfalls grundlegend überarbeitet.

   Die Landesregierung hat sich zudem auf Bundesebene in den verschiedenen Gremien (Ministerpräsidentenkonferenz, Fachministerkonferenzen, Bundesrat) umfassend für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren eingesetzt. Durch die Ressorts wurden zudem weitere Maßnahmen zur

Beschleunigung von Vorhaben ergriffen, beispielhaft seien hier die Digitalisierung von BImSchG-Genehmigungsverfahren, die personelle Stärkung der genehmigenden Behörden sowie die Umsetzung diverser Anpassungen des BImSchG zur Beschleunigung.

Über die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren hinaus arbeitet die Landesregierung unter anderem in der Umsetzung ihrer Ansiedlungsstrategie an der Ansiedlung von Net-Zero-Unternehmen. Hierzu gehört unter anderem die Schaffung guter infrastruktureller und planerischer Standortbedingungen sowie das Werben für den Standort Schleswig-Holstein.

4. Plant die Landesregierung die Bewerbung für ein Net Zero Valley in Schleswig-Holstein? Wenn ja, wie ist der Verfahrensstand? Wenn nein, warum nicht? Bitte erläutern.

   Es wurden gemeinsam von Bund und Ländern Leitlinien erarbeitet, die bei der Ausgestaltung des NZIA zu berücksichtigen sind. Kapitel III beschäftigt sich mit den Beschleunigungstälern nach Art. 17 NZIA.
   In den Leitlinien wurden neben den Kriterien (geografische und technologische Begrenzungen der Täler) auch der Verfahrensablauf der Bewerbung sowie der Ablauf der Auswahl der Bewerbungen erarbeitet. Nach momentanem Stand soll die Initiative zur Gründung eines Valleys aus den Regionen kommen. Interessierte Bewerber können beispielsweise Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Behörden und Kommunen oder Konsortien aus diesen Akteuren sein. Das Land selbst ist nicht antragsberechtigt, wird aber diesen Prozess begleiten und bewerben.